

OBS-Arbeitsheft 70 – Marktordnung für Lobbyisten – ONLINE TEIL



Andreas Kolbe, Herbert Hönigsberger, Sven Osterberg

**Teil A: Lobbyismus: Ein Überblick aus
verschiedenen Perspektiven**

**1 Lobbyismus im medialen Diskurs – Ein Streifzug
durch die vergangenen zehn Jahre**

**Ein Vorschlag der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt/Main 2011**

Teil A: Lobbyismus: Ein Überblick aus verschiedenen Perspektiven

1 Lobbyismus im medialen Diskurs – Ein Streifzug durch die vergangenen zehn Jahre¹

Vor dem Regierungsumzug von Bonn nach Berlin ist „Lobbyismus“ in der Presseberichterstattung kaum ein Thema, jedenfalls nicht in der negativen Konnotation, die gegenwärtig dominiert. Ab 1999 werden die meisten Lobbyismus-Artikel zunächst mit einer Erklärung eingeleitet, was Lobbyismus ist, woher das Wort stammt und was es bedeutet. Der Fokus liegt auf der Berichterstattung über Lobbyismus in Brüssel. Das erste Fallbeispiel von „Lobbyeinfluss“ und „Lobbymacht“ in Deutschland ist die BSE-Krise und die Rolle des Bauernverbandes.² Dieser „Skandal“ zieht eine strukturelle Veränderung in der Organisation der Ministerien nach sich. Der Ruf nach einem Bundesministerium für Verbraucherschutz wird lauter, und Rot-Grün kommt ihm im Jahr 2001 nach. Forderungen nach gesetzlichen Maßnahmen, die den Lobbyismus transparenter machen sollen, werden noch nicht laut. Nur vereinzelt wird „mehr Transparenz“ angemahnt. Stattdessen wird die „Öffentliche Liste über die beim Bundestag re-

gistrierten Verbände und deren Vertreter“ aus dem Jahr 1972 als Beleg dafür gewertet, dass es eine Art Registrierungspflicht für Lobbyisten bereits gäbe.³ Ansonsten konzentriert sich die Berichterstattung bis Ende des Jahres 2000 eher deskriptiv auf Verbände und Unternehmensrepräsentanzen, die nach Berlin gezogen sind. Die Aufmerksamkeit gilt den millionenschweren Kontaktvermittlungen von Agnes Hürland-Büning und dem Gebaren des Rüstungslobbyisten Karlheinz Schreiber. Hin und wieder wird auch die Rolle von Abgeordneten in Aufsichtsräten hinterfragt.

Durch diverse Korruptionsskandale im Jahr 2001 rückt der „Lobbyismus“ in die Schmiergeld- bzw. „Schmattes“-Ecke,⁴ wie das bei den Nachbarn in Österreich heißt. Das Jahr beginnt mit der Berichterstattung über Steuergeschenke des neu gewählten US-Präsidenten Bush für Großspender, den Lobbyismus der Tabakkonzerne und der Gegner des Dosenpfandes. Im Zentrum des Interesses stehen die Privatisie-

1 Die Darstellung beginnt im Januar 1999 und schließt mit den Atomdeals zwischen Bundesregierung und Energiewirtschaft im Herbst 2010. Die Begrenzung des Zeitraums hat arbeitstechnische Gründe. Ausgewertet wurden ca. 2500 Artikel aus: Badische Zeitung, Berliner Kurier, Berliner Morgenpost, Berliner Zeitung, Bild, Börsen-Zeitung, Bremer Zeitung, Cicero, Das Parlament, Der Freitag, Der Spiegel, Der Tagesspiegel, die tageszeitung, Die Welt, Die Zeit, Financial Times Deutschland, Focus, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, General-Anzeiger, Hamburger Abendblatt, Handelsblatt, Hessische Allgemeine, Kieler Nachrichten, Kölner Stadt-Anzeiger, Leipziger Volkszeitung, Mannheimer Morgen, Mitteldeutsche Zeitung, Neue Osnabrücker Zeitung, Neue Zürcher Zeitung, Neues Deutschland, Nürnberger Nachrichten, Ostsee-Zeitung, Passauer Neue Presse, Rheinische Post, Rheinischer Merkur, Saarbrücker Zeitung, Sächsische Zeitung, Stuttgarter Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Thüringer Allgemeine, Westdeutsche Allgemeine Zeitung und Wirtschaftswoche.

2 Kritisiert wurde in dem Zusammenhang, dass der Bauernverband wider besseres Wissen nicht vor BSE gewarnt hatte.

3 <http://www.bundestag.de/dokumente/parlamentsarchiv/sachgeb/lobbyliste/index.html>

4 Die lautmalersche Nähe zu Kohls „Bimbos“ ist offenkundig.

Leuna, die Eigentumsübertragung an Elf Aquitaine und in diesem Zusammenhang die Aussageverweigerung von Dieter Holzer, der zeitweise als einflussreichster Lobbyist Deutschlands gilt. Gleich zwei Schatzmeister der CDU geraten unter den Verdacht, Rüstungslobbyisten zu sein: Walter Leisler Kiep und Brigitte Baumeister.

2002 wird nicht nur von Renate Künasts Kampf gegen die Bauern-Lobby und vom Futtermittelskandal berichtet. Philip Morris lädt einen großen Teil der Abgeordneten ins Restaurant Käfer ein; der Geschäftsführer des Wintergarten-Variétés in Berlin begrüßt einen Großteil der Parlamentarier zu einer exklusiven Sondervorstellung und bedankt sich so für die Änderung der Ausländereinkommensbesteuerung. Bis Mitte des Jahres werden noch Landwirtschaft, Kohle, Pharma und Rüstung als die wichtigsten Lobbygruppen genannt. Nun gilt die Aufmerksamkeit vermehrt auch den Lobbytätigkeiten von Anwälten. Mittlerweile, so die durchgängige Meinung in der Berichterstattung, soll der EU-Ministerrat die Hauptadresse sein.

Der PR-Berater Moritz Hunzinger gerät zusammen mit Rudolf Scharping in negative Schlagzeilen. Im Hintergrund soll die Rüstungslobby aktiv sein. Hunzinger wird von den übrigen Lobbyisten zum schwarzen Schaf der Branche ernannt. Man selbst habe weiße Westen, behaupten sinngemäß andere PR-Berater in verschiedenen Interviews. Kurzzeitig sitzt

auch Cem Özdemir in der von der Presse so bezeichneten „Hunzinger-Falle“. Dies löst eine Debatte über die Abhängigkeit bzw. Unabhängigkeit von Politikern aus. Beiden politischen Akteuren wird jedoch von Seiten der Presse auch eine gewisse Naivität unterstellt. Die wird auch damit entschuldigt, dass Lobbyismus hierzulande noch kein wichtiges Thema sei. Die Frage nach Bestechung und Korruption wird ebenso tiefgründig erörtert wie die Frage, ob unsere Abgeordneten und Spitzenpolitiker zu schlecht bezahlt sind. Im Zuge der Bonusmeilenaffären im Sommer des Jahres 2002 beginnt eine Diskussion über die Transparenz von Nebeneinkünften der Mitglieder des Deutschen Bundestages. Rot-Grün fordert sie, Union und FDP lehnen ab.

Zu Beginn des Jahres 2003 schaltet sich der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Professor Hans-Jürgen Papier, erstmals öffentlich in den Diskurs ein. Er konstatiert einen zunehmenden Bedeutungsverlust der Parlamente durch den Einfluss von Interessengruppen, Bündnissen und Kommissionen und fordert eine „Reform an Haupt und Gliedern“.⁵ Inzwischen tummeln sich in Berlin immer mehr Lobbyisten, von 3000 ist die Rede. Das erste Vertretungsbüro der türkischen Industrie in Deutschland wird eröffnet, und in Brüssel kann man professionelle Lobbyseminare belegen.

Die schlagzeilenträchtigen „Einzelfälle“ des Jahres 2003 sind das Verhältnis von Leo Kirch und Helmut Kohl sowie die „Abgeordne-

⁵ Vgl. u. a. FAZ: <http://www.faz.net/artikel/C30190/systemkritik-papier-kritisiert-entmachtung-des-bundestages-30088422.html>

tenliste“ um Letzteren herum. Auf der stehen eine Reihe seiner Ex-Minister, die hoch dotierte Beraterverträge mit Leo Kirch geschlossen hatten: Theo Waigel (CSU), Wolfgang Bötsch (CSU), Rupert Scholz (CDU), Jürgen Möllemann (FDP). Journalistischer Konsens besteht darüber, dass die Pharma- und Ärztelobby einmal mehr über die Patienten gesiegt habe. Schließlich gerät auch Hans Eichel in die Schlagzeilen, da in seinem Ministerium verdeckter Lobbyismus vermutet wird. Denn eine Juristin des Bundesverbandes Investment und Asset Management e. V. arbeitet daran, die Hedgefonds in Deutschland zuzulassen.

Einige Zeitungen beginnen erstmals ausführlich darüber zu berichten, dass mittels des Verlangens nach „Reformen“ verdecktes Lobbying betrieben werde, vor allem vom BDI, dem BDA und dem DIHK. Wellen schlägt der 1,3-Millionen-Euro-Etat, den die Berliner PR-Agentur WMP vom Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster, bekommen hat. Die Nebenjobs der Abgeordneten rücken stärker ins journalistische Visier. Erste PR-Meldungen werden von der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) als vermeintlich normale Nachricht übernommen. Das Buch „Die fünfte Gewalt“ von Thomas Leif und Rudolph Speth erscheint; darin vertreten beide die These, dass der Lobbyeinfluss auf die Politik noch nie so stark gewesen sei wie zu diesem Zeitpunkt.

Der Lobbydiskurs im Jahr 2004 ist vor allem durch die Debatte über die Gesundheitslobby-

isten geprägt, die immer häufiger – so ist zu lesen – Lobbyismus auf Kosten der Patienten betreiben. Dabei fällt immer wieder der Name Cornelia Yzer (CDU), ehemalige Parlamentarische Staatssekretärin und von 1997 bis 2011 Hauptgeschäftsführerin des Verbandes forschender Arzneimittelhersteller (VFA). Der Kampf der Pharmalobbygruppen unter- und gegeneinander geht nun so weit, dass die Presse berichtet, wie sich die Verbände gegenseitig bei der Regierung anschwärzen. Die Lobby der Autohersteller verlangt lautstark weniger Regulierung auf ihrem Sektor. Zum ersten Mal werden „Thinktanks“ und ihr Einfluss aufs Korn genommen. Die Presse selbst bleibt in diesem Jahr auch nicht vom Lobbyismus-Vorwurf verschont: Lobbyisten nehmen Einfluss auf die Berichterstattung im Spiegel. Wegen dessen Titelstory „Der Windmühlen-Wahn“ kündigt Redakteur Harald Schumann.⁶ Die meisten Lobby-Artikel, die in der deutschen Presse veröffentlicht werden, beschäftigen sich nach wie vor mit dem Lobbyismus auf EU-Ebene, begleitet von wiederholten Verweisen auf Nebulösität und Geheimniskrämerei. Vereinzelt tauchen nun kritische Berichte über Lobbyaktivitäten der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft auf, die im Gewand des Journalismus versucht, Meinung zu machen. Der CDU-Politiker Elmar Brok schafft es dann auch noch in die Schlagzeilen, da seine Rechtfertigung für seine Nebentätigkeiten irritiert: „Politik ist keine Arbeit, sondern Hobby.“

6 Der Spiegel, Nr. 19, 29.03.2004; Der Vorwurf: Einseitige Berichterstattung zulasten der regenerativen Energien unter Verwendung der Lobbysprache konventioneller Stromanbieter.

Das Jahr 2005 beginnt mit den „Doppelverdiener-Affären“ um die Bundestagsabgeordneten Hermann Josef-Arentz (CDU), Ulrike Flach (FDP), Laurenz Meyer (CDU) und Hans Jürgen Uhl (SPD). Die unangenehmen Vorhalte für die Parlamentarier lauten: Nebenverdienste, Nebeneinkünfte, Doppelverdiener, nebulöse Zweitjobs. Die Diskussion über Verhaltensregeln beginnt, wird aber nach kurzer Zeit von Seiten der Politik mit dem Argument abgewürgt, wenn alle weiteren Tätigkeiten verboten wären, säßen im Parlament nur noch Beamte. Vor allem Union und FDP lehnen schärfere Gesetze für mehr Transparenz ab. Mehr als die Hälfte der MdB hat einen anzeigepflichtigen Nebenjob; besonders interessiert wird auf den „fleißigsten“ MdB geschaut: Friedrich Merz offenbart 18 Nebenjobs. Auch der Name Hildgard Müller (CDU), Staatsministerin im Bundeskanzleramt, ist immer häufiger im Zusammenhang mit Lobbyismus zu lesen, ebenso die Namen Hansgeorg Hauser und Reinhardt Klimmt. Ex-Staatsminister Ludger Volmer gesteht Lobbyarbeit für die Bundesdruckerei ein. Plötzlich ist auch Moritz Hunzinger wieder da. Er hat Joschka Fischer für eine Rede 19.999 Euro bezahlt. Und obwohl das Honorar legal als Spende deklariert wird, beflügelt der Name Hunzinger die Skandalisierung. Zunehmend versuchen Lobbyisten für ihre Tätigkeit die Bezeichnung „Politikberatung“ einzubürgern. Der ADAC und die Autobranche verstärken und professionalisieren ihre Lobbyaktivitäten. Das

Buch der Journalisten Cerstin Gammel und Götz Hamann „Die Strippenzieher“ erscheint im Sommer 2005 und belebt die Debatte um illegitime Einflussnahme. Vier Verbände der Energiewirtschaft – der Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW), der Verband der Verbundunternehmen und Regionalen Energieversorger in Deutschland (VRE), der Verband der Netzbetreiber (VDN) und der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) – schließen sich zu einer neuen Energielobby zusammen. Am Ende des Formierungsprozesses steht im Jahr 2007 der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Der Trend des Jahres: Immer mehr Konzerne verbergen international ihre Absichten hinter blumigen, wohlklingenden Namen. Die sogenannten „Business-NGOs“ rücken mit ihren Namen in die Nähe von Umweltschutzorganisationen und versuchen, deren Popularität für eigene Zwecke zu nutzen. Tatsächlich verfolgen sie ganz andere Ziele, wie beispielsweise die „Alliance to Save Energy“, deren Ziel es ist, die Deckelung des CO₂-Ausstoßes zu verhindern.

2006 greift erneut Verfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier in die Debatte ein. Er sieht die Unabhängigkeit des Abgeordneten auf eine „harte Probe“ gestellt. Papier warnt mit Namensbeiträgen und Interviews vor den Folgen eines unkontrollierten und unregulierten Lobbyismus. Die Debatte um die Trennung zwischen Journalismus und PR nimmt wieder etwas an Fahrt auf. Eine neue Studie⁷ belegt,

⁷ „German Tobacco Industry’s Successful Efforts to Maintain Scientific and Political Respectability to Prevent Regulation of Secondhand Smoke“, in Auftrag gegeben von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und dem Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) in Heidelberg.

dass die Tabak-Lobby besonders in Deutschland viel Einfluss hat, nicht zuletzt durch massive Beeinflussung der Forschung. Der „Aufreger“ des Jahres ist jedoch Gerhard Schröders neuer Job bei Gazprom. Vermehrt wird über den „schleichenden Einfluss“ von Lobbygruppen berichtet, auch und immer wieder im Zusammenhang mit der INSM. Die Schleichwerbung ist plötzlich Gegenstand von Diskussionen, gemeint ist neben Product Placement auch Stimmungs- und Meinungsmache. Der beabsichtigte Wechsel des parlamentarischen Geschäftsführers der CDU, Norbert Röttgen, zum BDI stößt auf enorme Kritik und kommt deshalb nicht zustande. Um den Politiker Reinhard Göhner (CDU) entbrennt ebenfalls eine Diskussion über Interessenkonflikte, da er neben seinem Bundestagsmandat parallel Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes war. In dieser Funktion lehnte er das seinerzeitige Antidiskriminierungsgesetz ab, obwohl seine Partei und seine Fraktion dafür waren. Schließlich verzichtet er im Jahr 2007 auf sein Bundestagsmandat. Das Buch „Der Deutschland Clan“ des Journalisten Jürgen Roth erscheint. Die Tabak- und die Pharmaindustrie stehen weiterhin in der Kritik. Die Studie „Die zweite Welle der Wirtschaftskampagnen“ des Wissenschaftlers Rudolf Speth, gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung, zeigt, wie die Wirtschaftslobby Stimmung macht und das gesellschaftliche Diskursklima bestimmen will. Ende 2006 sorgt noch ein Fälschungsskandal für Unruhe im Gesundheitswesen: Die PKV wird verdächtigt, Briefe mit Unterschriften ihrer Patienten gefälscht und an die Bundesregierung gesandt zu haben. Die

Linkspartei will nun verbieten, dass externe Mitarbeiter aus Wirtschaft und Verbänden in Ministerien sitzen. Das Jahr endet für die Bundesregierung mit einem Rückschlag beim bundesweiten Rauchverbot. Wieder einmal steht die Tabak-Lobby als Gewinner da.

Im Jahr 2007 mehren sich in der Presse Forderungen nach neuen Regelungen. Lobbyisten sollen wieder in der Lobby bleiben, also eine gewisse Distanz einhalten. Der Bundesrechnungshof sieht die Neutralität der Bundesbehörden durch die Beschäftigung zahlreicher Lobbyisten gefährdet und beginnt damit, einzelne Ministerien genauer zu überprüfen. Ferner wird kritisiert, dass bei der Gesetzgebung im EU-Vergleich deutsche Lobbyisten kaum behelligt werden. Das Buch von Johann Günther König „Die Lobbyisten. Wer regiert uns wirklich?“ erscheint und vertritt die Kernthese, Lobbyismus sei undemokratisch. Nach dem Amoklauf in Erfurt werden Forderungen nach einem verschärften Waffengesetz erhoben, aber die Presse berichtet, dass Schäuble vor der Waffenlobby eingeknickt sei. Die Tabak-Lobby bietet derweil Abgeordneten Freikarten für Spiele des FC Bayern an. Ein Vorstoß der SPD-Fraktion zielt darauf, dass politisch aktive Verbände ihre Finanzen offenlegen.

Im Januar 2008 fordert Günter Grass ein Hausverbot für Lobbyisten. Während des Hessischen Wahlkampfes sorgt Wolfgang Clement für Schlagzeilen. Ihm wird unterstellt, er betreibe Wahlkampf gegen seine eigene Partei und zugunsten der Interessen von RWE. Gleichzeitig stößt er damit eine Debatte über den sogenannten „Drehtür-Effekt“ an. Der Wechsel

der Grünen-Politikerin Marianne Tritz in die Tabak-Lobby sorgt ebenfalls für Aufsehen: Aus dem Verband der Cigarettenindustrie e. V. (VdC) wird der Deutsche Zigarettenverband (DZV). Mit Frau Tritz möchte er sich ein gänzlich neues Gesicht geben, so wird der Wechsel kommentiert. Der Bundesrechnungshof beklagt erneut den Einfluss von Lobbyisten auf die Regierung und mahnt eindringlich Regeln an. Journalisten fordern nun verstärkt, dass die Politik wissen müsse, welche Lobbyisten an einem Gesetzesentwurf mitgearbeitet haben. Als unabhängige Bürgerinitiative getarnt, macht sich der Lobbyverein „Bürger für Technik“ für die Atomkraft stark. Mutmaßlich steckt die Kerntechnische Gesellschaft dahinter. Der EU-Kommissar Siim Kallas fordert, durch „Fußabdrücke“ von Lobbyisten deren Einfluss in Gesetzen sichtbar zu machen, und zusätzlich ein Lobbyregister auf freiwilliger Basis. Das EU-Parlament stimmt für ein verpflichtendes Register, allerdings gibt es auch hier noch Lücken: Anwälte, die „Rechtsratschläge“ geben, dürfen nicht als Lobbyisten etikettiert werden. In Deutschland scheut man vor härteren Regeln noch zurück und will lediglich mehr „Transparenz“ erreichen. Das Buch „Der gekaufte Staat“ der Journalisten Sascha Adamek und Kim Otto erscheint und rückt die Externen in der Bundesverwaltung in den Fokus der Berichterstattung. Die Linke bringt einen Antrag zur Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters ein – und scheitert. Die Regierung be-

schränkt den zeitlichen Einsatz externer Mitarbeiter in den Ministerien, doch von der Opposition, NGOs und Journalisten wird nach wie vor mangelnde Transparenz der neuen Regeln beklagt.⁸ In der Presse werden Hildegard Müller (CDU, bis 2008 Staatsministerin im Bundeskanzleramt) und Margareta Wolf (Die Grünen, ehemalige parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium) als prominente „Überläuferinnen“ zur Lobby genannt. Die schwedischen Grünen nominieren Vattenfall für den Preis „Schlimmster EU-Lobbyist 2008“. Den Preis gewinnt jedoch das „Malaysian Palmoil Council“. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ditmar Staffelt wird Cheflobbyist bei EADS. Zum ersten Mal werden aus der Branche selbst Forderungen nach mehr Transparenz erhoben. Die Deutsche Gesellschaft für Politikberatung (degepol) fordert zusammen mit der Antikorruptionsorganisation Transparency International gegen Ende des Jahres verbindliche Verhaltensregeln und ein Register der in Berlin aktiven Lobbyisten. Der „Lobby-Planet“ erscheint, ein Stadtführer von LobbyControl, der erklärt, wo welche Lobby in der Hauptstadt arbeitet. Einige SPD-Politiker um Christian Lange fordern einen Verhaltenskodex für Minister, der unter anderem vorsieht, dass Regierungsmitglieder keine Honorare annehmen sollen und keine Nebenjobs ausüben dürfen.

Zu Beginn des Jahres 2009 verlangt Transparency International Deutschland zusammen mit Vertretern der Oppositionsparteien im Bun-

⁸ Vgl. „Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Einsatz von außerhalb des öffentlichen Dienstes Beschäftigten (externen Personen) in der Bundesverwaltung“ vom 17.07.2008.

destag, dass sich die Bundesregierung ein Vorbild an US-Präsident Obama nehmen sollte, der strenge Standards im Umgang mit Lobbyisten eingeführt hat, z. B. Karenzzeiten für den Wechsel von Regierungsmitgliedern in die Wirtschaft sowie dessen Genehmigung durch einen Kontrollausschuss. Der zweite Bericht über „Externe“ in den Ministerien des Bundesinnenministeriums stellt sich als lückenhaft heraus, nicht alle Mitarbeiter werden darin aufgeführt. Die Waffenlobby setzt sich erfolgreich gegen ein verschärftes Waffengesetz durch, und die Atomlobby verlangt neue Verhandlungen über den mit Rot-Grün vereinbarten Ausstiegsbeschluss. Neu in den Schlagzeilen sind nun die deutschen Bierbrauer, die angeblich die Drogenbeauftragte der Bundesregierung entmachten und Gesetze gegen den Alkoholmissbrauch verhindern wollen. Auch die Bahn sorgt für negative Presse. LobbyControl enthüllt, dass sie verdeckte Werbung und PR-Aktionen in großem Umfang veranlasst und bezahlt hat. Immer wieder fallen in diesem Zusammenhang die Namen European Public Policy Advisers GmbH (EPPA) und berlinpolis. Mit ähnlichen Methoden – manipulierten Textbeiträgen, unter verschiedenen Pseudonymen Meinungsmache in Internetforen – gerät wenig später auch der Deutsche Bauernverband in die Schlagzeilen. Derweil kommt auf EU-Ebene eine Studie der Organisation Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation (Alter-EU) zu dem Ergebnis, dass das Lobbyregister fehlgeschlagen ist. Nicht einmal jeder vierte Lobbyist hat sich eingetragen, 2 von 64 in Brüssel ansässigen Thinktanks und gerade

einmal eine Rechtsanwaltskanzlei. Als Hauptgrund für das Versagen benennt Jorgo Riss von Alter-EU die Freiwilligkeit des Registers.

In Deutschland feiert die Atomlobby ihren 50. Geburtstag. Angela Merkel spricht vor dem Atomforum in Berlin ein Grußwort, weswegen Umweltschützer in der Öffentlichkeit protestieren. Joschka Fischers Berater-Job für RWE sorgt für Aufsehen. Die INSM zieht nach Berlin. Im August stellt sich heraus, dass fünf Abgeordnete – Rainer Arnold (SPD), Elke Hoff (FDP), Gerd Höfer (SPD), Johannes Kahrs (SPD), Jörn Thießen (SPD) – ihre Mitwirkung in Vereinen verheimlicht haben, die der Rüstungslobby nahestehen. Mittlerweile sind beim Bundestag nach offiziellen Angaben etwa 4500 Lobbyisten gemeldet – sieben bis acht pro Abgeordneten! Nachdem Wirtschaftsminister zu Guttenberg inmitten der Wirtschafts- und Finanzkrise einen Gesetzesentwurf zur Bankenrettung von der international operierenden britischen Kanzlei Linklaters, die auch einen Sitz in Berlin hat, ausarbeiten ließ, entbrennt eine Diskussion um den Autoritätsverlust der Ministerien. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Friedrich fordert „legislative Footprints“, also Angaben über Berater-Mitwirkung. Justizministerin Zypries fordert nun auch ein umfassendes Lobbyistenregister. Die deutsche Atomlobby versucht, den Bundestagswahlkampf „minutiös“ zu planen. Politiker und Journalisten sollen positiv über die Verlängerung der Restlaufzeiten der Atomkraftwerke reden bzw. schreiben, die Unternehmensberatung PRGS erstellt zu diesem Zweck ein 109-seitiges Gutachten. Darin ste-

hen mehrfach die Wörter „E.ON“ und „Auftrag“, doch sowohl E.ON als auch die PRGS bestreiten, dass es sich hierbei um einen Auftrag gehandelt habe. Das Jahr 2009 endet mit der Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Hotelbesitzer auf sieben Prozent. Vorangegangen ist eine Großspende der Düsseldorfer Substantia AG, die als „Mövenpick-Spende“ dem politischen Sprachgebrauch noch lange erhalten bleiben sollte. Von nun an gilt die FDP als die Lobby- und Klientelpartei per se. Der neue Gesundheitsminister Philipp Rösler beruft den bisherigen Spitzenmanager des Verbandes der Privaten Krankenversicherung, Christian Weber, zum Abteilungsleiter für Grundsatzfragen. Um der Forderung nach einem Lobbyistenregister Nachdruck zu verleihen, übergibt LobbyControl einen von rund 8700 Bürgern unterzeichneten Appell an den Vizepräsidenten des Bundestags, Hermann Otto Solms (FDP).

Die Mehrwertsteuersenkung für Hoteliers im sogenannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ empört in den ersten Monaten des Jah-

res 2010 und löst eine Debatte über die Käuflichkeit der Politik aus. Seitdem über Politik und Lobbyismus geschrieben wird, hat kein anderes Thema ein solches Aufsehen erregt und für so viele Artikel gesorgt. Nebenbei werden die CDU-Politiker Volker Hoff Lobbyist bei Opel und Dieter Althaus Lobbyist beim Autozulieferer Magna. Im Landtagswahlkampf von Nordrhein-Westfalen wird der amtierende Ministerpräsident „zum Kauf“ angeboten: Für eine großzügige Spende gibt es die Möglichkeit zum Vieraugengespräch. Im Juni 2010 stoppt die EU die Lebensmittel-Ampel nach erheblichen Protesten der Industrie. Der ehemalige hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) wird Vorstandsvorsitzender beim Baukonzern Bilfinger Berger. Im September werden sogenannte „Geheimdeals“ zwischen Bundesregierung und den Energiekonzernen veröffentlicht. Die schwarz-gelbe Bundesregierung beschließt den Ausstieg aus dem rot-grünen Ausstiegskonsens, dem die Koalitionsparteien am 28. Oktober 2010 im Bundestag zustimmen.